

Monika Frank, Freie Hansestadt Bremen

***Teilhabe ermöglichen, Bildungsreserven mobilisieren, Fachkräfte bilden –
Jugend(berufs)hilfe sichert Zukunft!***

Beitrag zum LAK Fachplenum

„Perspektiven für junge Menschen – Kompetenz in der Jugendberufshilfe“

am 08.11.2012 in Osnabrück

Ein jugendpolitischer Beitrag in 8 Thesen

1. Die Systemfrage wird nicht systematisch gestellt!
2. Berufs(aus)bildung ist und bleibt keine caritative Veranstaltung!
3. Der Streit um das Übergangssystem hat eine ideologische Dimension!
4. Die Jugendberufshilfe in Niedersachsen ist unverzichtbar!
5. Jugendberufshilfe in Niedersachsen ist und bleibt besser als ihr Ruf!
6. Was nicht kohärent gedacht wird, kann auch nicht kohärent gemacht werden!
7. Empirie statt Ideologie! (oder: Erkenntnisse umsetzen, denn fachlich ist dazu alles gesagt...)
8. Einmischen statt ausputzen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

es freut mich sehr, dass Sie mir nach 5 Jahren in der Bremischen Jugendverwaltung die Gelegenheit geben, etwas zu Ihrem Thema beizutragen, das mir während meiner Zeit in Niedersachsen immer besonders am Herzen gelegen hat. Bestimmt kommt der Zeitpunkt nicht von ungefähr – ich hatte zweimal die Aufgabe, die Jugendberufshilfe in Niedersachsen beim Übergang in eine neue Förderperiode der EU-Strukturfonds zu begleiten und weiß daher um die Legitimationszwänge und Verteilungskämpfe, die damit alle sieben Jahre verbunden sind.

Zwischendrin war es damals nicht besser, als Sie es gerade erst bei den Verhandlungen zur Instrumentenreform erlebt haben: Wenn die EU nicht neu strukturierte, kippte die Kofinanzierung durch die Arbeits- und Sozialverwaltung (die Jugendämter waren nur vereinzelt ganz vorne dabei). Ich finde es übrigens großartig, wie der LAK die Struktur gemeinsam mit den jungen Menschen gerade erst wieder an einer gefährdenden Klippe behaupten konnte!

Wie Sie sicher schon herausgehört haben, bin ich nicht mehr mitten im Geschehen und werde mich als „Unzuständige“ auch tunlichst nicht in die Aufgaben einmischen, die die Niedersächsischen Jugendbehörden zu erledigen haben. Ich spreche hier heute auch nicht als Vertreterin der Freien Hansestadt Bremen, sondern als persönlich engagierte Person, die die Entwicklung der Jugendberufshilfe nicht nur in Niedersachsen, sondern auch als Expertin auf der Bundesebene mit gestalten durfte.

Als solche habe ich eine jugendpolitische Position:

- Alle Teile der Gesellschaft tragen Verantwortung für das Aufwachsen junger Menschen – wer nur auf private, „familiäre“ Lösungen setzt, nimmt zumindest billigend in Kauf, dass sich herkunftsbedingte Benachteiligungen in der Generationenfolge quasi „vererben“.
- Niemand hat das Recht, junge Menschen oder ihre Familien (allein) dafür verantwortlich zu machen, wenn für die jeweils zeitgemäßen und gesellschaftsfähigen Vorstellungen von gelingendem Aufwachsen nicht die sozialen und kulturellen Ressourcen vorhanden sind, die das ideologische Konstrukt von „Chancengerechtigkeit“ als selbstverständlich betrachtet.
- Jeder junge Mensch hat das Recht auf eine biografisch angelegte Förderung seiner persönlichen Entwicklung und – solange die Chancen beim Start ins Leben so ungleich verteilt sind – auch auf eine zweite und dritte Chance.

Herunter gebrochen auf die Jugendberufshilfe in Niedersachsen bedeutet dies: Wenn es sie nicht schon gäbe, müsste sie erfunden werden! Tatsächlich haben Sie in Niedersachsen (ich war damals noch nicht in Verantwortung) mit den Jugendwerkstätten und den Regionalen Arbeitsstellen zur beruflichen Eingliederung junger Menschen (RAN) bereits in den 80er Jahren die pädagogischen Grundlagen für eine ganzheitliche Förderung junger Menschen entwickelt, die später im gesamten „Übergangssystem“ zum Standard für die Förderung benachteiligter und „lernverhinderter“ Jugendlicher wurden. Auch andernorts haben engagierte Fachkräfte dazu beigetragen, aber in Niedersachsen war man lange „vorneweg“.

Dieser Erfolg kommt nicht von ungefähr, denn er ist auch und nicht zuletzt dem Umstand zu verdanken, dass die Jugendhilfe hier damals ein Wörtchen mitzureden hatte. In der Kinder- und Jugendhilfe betrachten wir junge Menschen nicht als Anhängsel von Familien, sehen sie nicht als gescheiterte Schüler, schauen nicht zuerst auf ihre unkonventionellen Lebensbewältigungsstrategien und individualisieren ihr Scheitern am Übergang in Beruf und Arbeitswelt nicht.

In der Jugendhilfe unterstellen wir einfach, dass junge Menschen in jedem Alter neugierig erproben wollen, welche Chancen zum Mitmachen ihnen die etablierte Welt lässt oder nahe bringt. Natürlich vermitteln wir gesellschaftlich erwünschte Kompetenzen, Kulturtechniken und Lebensbewältigungsstrategien, weil diese hilfreich zum Erreichen der von den meisten jungen Menschen angestrebten Ziele sind. Allerdings gehen wir vom Erfahrungshorizont des einzelnen jungen Menschen aus, in dem das, was gemeinhin als erwartete „Normalbiografie“ gilt, zuweilen gar nicht vorkommt, also auch nicht erlebt und sinnlich begriffen werden konnte.

Wenn diese Gesellschaft will, dass sich junge Menschen integrieren, muss sie sich auf diese Sichtweise einlassen - es gilt, denjenigen, die am Rand stehen, weil sie nicht so gute Chancen hatten oder sie nicht so gut zu nutzen wussten, zu erklären, wozu es gut sein soll, mitmachen zu wollen bei einem Wettbewerb, in dem sie sich längst abgehängt glauben. Nur wer so gefördert wird, wird sich auch fordern, unter widrigen Umständen seinen Platz suchen und dort Verantwortung übernehmen.

Dafür war in der Niedersächsischen Jugendberufshilfe lange Raum, darauf können Sie stolz sein und diese Ermöglichungsstruktur gilt es zu verteidigen oder (wieder) zu erweitern! Kein anderes Bundesland kann auf eine derartige fachliche Kontinuität in dieser Qualität zurück greifen.

Dies vorangestellt stelle ich im Folgenden thesenartig dar, warum die Jugendberufshilfe im Grunde seit ihrer Entstehung über ihre Zukunft verhandelt und möchte sie dazu auffordern, die Systemfrage zu stellen:

1. Die Systemfrage wird nicht systematisch gestellt!

Die Niedersächsische Jugendberufshilfe in der Verantwortung der Jugendhilfe stand immer wieder mal „auf der Kippe“ und irgendwie ging es immer weiter mit den beiden Säulen „Jugendwerkstätten“ und Beratung am Übergang von der Schule in den Beruf – sie expandierten sogar. Diesmal kommt es anders, als bekannt: In Frage gestellt wird das sogenannte „Übergangssystem“, das nie systematisch gedacht war und nun im Verdacht steht, direkte Übergänge zu verhindern.

Tatsächlich verringert sich demografisch bedingt allerdings nur die Zahl derjenigen jungen Menschen, die trotz grundsätzlicher Ausbildungsreife mangels betrieblicher Angebote in einem Übergangssystem „aufgefangen“ werden müssen. In der Wahrnehmung der betroffenen jungen Menschen gehört dieser (schulisch und außerschulisch organisierte) Pfad allerdings längst zu den Optionen am Übergang von der Schule in den Beruf, mittels dessen sie ihre Chance auf den Wunschberuf erhöhen wollen (die sie in der Schule nicht erhielten oder nutzen konnten).

In Verbindung mit Rekrutierungsproblemen bei unbeliebten Berufen (z.T. Ergebnis klugen Wahlverhaltens der Jugendlichen, wie die Statistiken der Berufsgenossenschaften zu Verstößen gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz belegen) wird nun eine direkte Einmündung in die betriebliche Ausbildung favorisiert. Wo zuvor grundsätzlich ausbildungsreife Jugendliche durch Zugangskriterien als „benachteiligt“ stigmatisiert wurden, wird nun das System diskreditiert, dass bisher dafür herhalten musste, jungen Menschen angesichts ihrer „Überzahl“ Mut zu machen bzw. ihnen zu helfen, diesen nicht zu verlieren und z.T. in einen anderen als den Wunschberuf auszuweichen.

Worum geht es also? (oder „cui bono“?)

2. Berufs(aus)bildung ist und bleibt keine caritative Veranstaltung!

Der in der deutschen Gesellschaft nach wie vor als „Normalität“ betrachtete Weg junger Menschen in Beruf und Arbeitswelt ist elementar mit dem im internationalen Vergleich sehr leistungsfähigen dualen System der Berufsausbildung verbunden. Dieses jedoch ist stark marktabhängig und in seiner systemkongruenten Logik von ökonomischen Interessen bestimmt. Infolgedessen ist das Normalitätspostulat für viele junge Menschen seit langem unglaubwürdig, da nicht in Realität umzusetzen – selbst wenn sie ihre persönlichen Ansprüche sowie ihre ökonomischen Interessen der Logik am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt unterordnen. Die Kriterien für Ausbildungsreife werden von den „Gatekeepern“ nach ihrem Bedarf festgelegt, und dieser lässt sich durch moralische Appelle nur marginal und allenfalls bis an die zweite Schwelle ausweiten.

Es ist daher Skepsis angebracht gegenüber dem öffentlich beklagten Fachkräftemangel - in einigen Regionen können junge Menschen wieder mehr auswählen, die Betriebe weniger. Vielleicht müssen letztere wieder lernen, sich als Perspektiven eröffnender Zugang zu Beruf und Arbeitswelt zu präsentieren. Gleichzeitig ist richtig, dass die Lebenszeit ausbildungsreifer und –williger junger Menschen nicht für Umwege, Warteschleifen und Ausweichlösungen verschwendet werden darf, die sich langfristig ökonomisch weder für sie selbst, noch für die Betriebe, noch für die das Übergangssystem finanzierenden Instanzen lohnen.

Deswegen das gesamte Übergangssystem abschaffen zu wollen, bedeutet allerdings, das Kind mit dem Bade auszuschütten.

3. Der Streit um das Übergangssystem hat eine ideologische Dimension!

Kaum verschoben sich die Machtverhältnisse am Zugang zu Beruf und Arbeitswelt in Trippelschrittchen weg von den Gatekeepern hin zu denen, die in der Schlange vor den Toren stehen, ist der/die Schuldige schnell ausgemacht: Das den Eingang überwuchernde Übergangssystem sorgt dafür, dass Jugendliche nicht schnell oder ausreichend genug in eine Berufsausbildung einmünden. Plötzlich steht im Fokus, was jahr(zehnte)lang ignoriert wurde, zugespitzt bis zur Überschrift „Weder Übergang, noch System“.

Es soll also weg oder anders werden, dieses System, das nie als System angelegt wurde, sondern als Sammlung kurzfristig gedachter Auffangstationen vor sich hin wuchs, wenn aus politischen oder moralischen Gründen Ressourcen mobilisiert werden konnten. Es gibt in der Tat viele Gründe zu der Annahme, dass das Übergangssystem weiter schrumpfen wird, vollständig überflüssig wird es sicher nicht werden. Eine ausreichende Anzahl von Plätzen allein sichert die Integration junger Menschen in Beruf- und Arbeitswelt nicht, sie trägt höchstens dazu bei, die subtile Botschaft zu entlarven, der zufolge es immer ausreichend gute Chancen gab.

Bis auf weiteres sind neben den marktbedingten Barrieren weitere institutionelle Risiken vorhanden, die sich durch die nun verfolgten Strategien einer verbesserten Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen bzw. eine Optimierung des „Matchings“ zwischen Schulabgehenden und den vollqualifizierenden Berufsbildungsinstanzen mittelfristig nur bedingt eingrenzen lassen.

Es gilt weiterhin, auch neben dieser immer weiter entstandardisierten „Normalbiografie“ Übergänge zu organisieren, sie zu systematisieren und zweite oder dritte Chancen zu eröffnen. Dieser Verantwortung ist das Land Niedersachsen lange Zeit mit einer kontinuierlichen und zielgruppenspezifischen Weiterentwicklung der Angebote im Rahmen der Jugendhilfe nachgekommen. Unabhängig von den Zugängen zu Beruf und Arbeitswelt bestimmenden konjunkturellen und demografischen Entwicklungen wurde anerkannt, dass es junge Menschen

gibt, die an dieser für die Biografie entscheidenden Schwelle der besonderen Unterstützung bedürfen.

Mit anderen Worten: Es wurde öffentliche Verantwortung für Teilhabe dieser jungen Menschen übernommen. Diese Aufgabe erledigt sich nicht damit, dass das zahlenmäßige Verhältnis zwischen jungen Menschen am Eingang zu Ausbildung und Arbeitswelt und dem Fachkräftebedarf sich etwas mehr zugunsten der Jugendlichen entwickelt.

4. Die Jugendberufshilfe in Niedersachsen ist unverzichtbar!

Solange frühkindliche Bildung und das Schulsystem herkunftsbedingte soziale Benachteiligungen nicht auszugleichen vermögen, wird es junge Menschen geben, die am Ende der Schullaufbahn weder über die personalen und sozialen, noch über die intellektuellen Kompetenzen verfügen, die in der modernen Arbeitswelt vorausgesetzt werden. Demografisch brauchen wir nun auch endlich jene jungen Menschen, die bislang ohne Berufsabschluss bleiben – das ist zurzeit immerhin jeder Siebte*. Im Übergangssystem ist ein Schatz zu heben, der vor vielen Jahren einmal als „Mobilisierung von Bildungsreserven“ bezeichnet wurde.

* Rund 15 Prozent (hochgerechnet 1,46 Millionen) der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 29 Jahren in Deutschland verfügen über keinen Berufsabschluss und somit nicht über die Voraussetzung für eine qualifizierte Beteiligung am Erwerbsleben (Berufsbildungsbericht 2011, S. 37)

Wenn nun das Übergangssystem als Ausbildungsverhinderungsinstanz im Fokus steht, lohnt es sich, genauer hinzusehen. In dieser wenig regulierten und schon gar nicht regulären Nische des Bildungssystems gibt es nämlich Kompetenzen, die noch einmal sehr gefragt sein könnten, wenn es ernst wird mit der „Mobilisierung von Bildungsreserven“. Niedersachsen war dabei seit Jahrzehnten eine Vorbild: Unter vergleichsweise unsicheren Arbeitsbedingungen der Fachkräfte sind im heute undifferenziert diskreditierten Übergangs“dschungel“ anerkannte Anschlüsse und Arbeitsmarktintegrationen erreicht worden, von denen sich in den Regelsystemen manches lernen ließe.

Hat nun die Ausfallbürgschaft ihre Schuldigkeit getan und das Wissen wird verloren gehen? Mischen sich die Jugendwerkstätten, Jugendämter und die Jugendberufshilfe in Niedersachsen weiter ein, im Wissen darum nicht am besten, aber mehr als andere Bildungsinstanzen erfahren zu sein? Es geht darum, aufzuzeigen, wie Benachteiligung an dieser für den Lebenslauf so entscheidenden Stelle zustande kommt und wie Lernverhinderung sowie mangelnde Ausbildungsreife aufgebrochen oder gar vermieden werden können.

Ich möchte Sie ermutigen, in diesem interessengeleiteten Gefüge Flagge zu zeigen – wieder unter der Überschrift „Wem nützt es“.

5. Jugendberufshilfe in Niedersachsen ist und bleibt besser als ihr Ruf!

Dem Übergangsgeschehen war nie Kontinuität vergönnt und darum hat es seine Fachlichkeit nur unter widrigen Umständen entwickeln können. Die Wissensbestände sind dennoch beachtlich und so lange nicht überflüssig, wie es junge Menschen gibt, die trotz Fachkräftebedarf nicht ohne diese Hilfen ihren Weg in Beruf und Arbeitswelt finden – sei es, weil sie etwas nachzuholen haben oder weil sie nicht durchstarten können, solange die Gatekeeper bezweifeln, dass sie dahin gehören, wo sie hin wollen (und sie nicht dort abholen wollen oder können, wo ihre Lebenslagen sie hineinsozialisierten).

Worum geht es bei der Infragestellung des Übergangssystems? Welches sind die ideologischen, welches die empirischen Komponenten? Die jungen Menschen jedenfalls, die sich dort wiederfinden, scheinen die Vielfalt der Angebote und Maßnahmen besser zu bewerten, als die ExpertInnen. Sie wollen ihre Chancen verbessern, im Sinne von Teilhabe und Berufswahl – eher

moralisch-pädagogische Zielsetzungen samt Ermöglichungsstrategien, denn ökonomische Notwendigkeiten mit dem Ziel der Fachkräftesicherung wo auch immer.

Nicht abzustreiten ist, dass im Übergangsgeschehen Ressourcen ineffektiv und ineffizient eingesetzt werden. Last but not least ließen sich in enormem Umfang Mittel einsparen, wenn es gelingt, die dort entwickelte Fachlichkeit tatsächlich in ein System zu transferieren, das denjenigen nützt, die von frühen Hilfen, frühkindlicher Bildung, den Bemühungen um mehr Chancen auf einen Schulabschluss sowie einer Entspannung im Berufsbildungssystem auf absehbare Zeit nicht ausreichend profitieren, um die Schwelle zu Beruf und Arbeitswelt erfolgreich zu bewältigen.

Dafür müsste allerdings erst einmal anerkannt werden, dass es diese institutionellen Risiken gibt und dass auch die beste Sozial- und (Berufs)Bildungspolitik niemals alle ökonomisch und gesellschaftlich bedingte Ausgrenzungsmechanismen vollständig aufheben kann. Vielleicht verwendet unsere Gesellschaft eines Tages genau so viele Ressourcen auf die Frage, wie der bislang abgehangene Teil junger Menschen produktiv werden kann, wie auf Anreize zur Förderung von höherer Bildung und Hochbegabung.

Was die Jugendberufshilfe ganz und gar nicht gebrauchen kann, ist der undifferenzierte Vorwurf, den Übergang von der Schule in den Beruf quasi überwuchert zu haben und so die jungen Menschen auf falsche Fährten zu locken. Hier wird der Bock zum Gärtner gemacht, denn:

6. Was nicht kohärent gedacht wird, kann auch nicht kohärent gemacht werden!

Ohne ernsthaften (politischen) Willen zur Fokussierung des Übergangssystems auf die tatsächlichen Probleme wird es vielleicht kleiner, aber weder wirtschaftlicher noch wirksamer werden, als es derzeit ist. Die Inkongruenz ist nur dort aufzuheben, wo sie entsteht. Vor Ort bestehen Gestaltungs- und Planungsspielräume, aber sie geraten immer wieder an die Grenzen der Zuständigkeit von politischen Ebenen und Ressorts und werden von deren Initiativen überrollt.

Es war sicher längst Zeit, die Strukturprobleme des Übergangssystems politisch zu reflektieren und zu bearbeiten. Unnötig und wenig hilfreich ist es, wenn dabei „Schwarzer Peter“ gespielt wird: Die örtliche Ebene wird von Masterplänen und Modellprojekten überrollt („Lernen vor Ort“, „Regionales Übergangsmanagement“, „Jugend stärken – Vor Ort“, Arbeitsbündnis Jugend und Beruf“ etc.) - wohl geordnet entlang der Ressortgrenzen.

Die Herstellung von Kohärenz haben die auslobenden Instanzen der ausführenden Ebene überlassen, Kooperation wird verordnet, Anreize für ein Sozialgesetzbücher übergreifendes Denken und Handeln sucht man vergeblich. Aus der Analyse folgte eben keine Harmonisierung der Rechtsgrundlagen und / oder Abstimmung der Finanzierungszuständigkeiten oder gar die Öffnung von Vorgaben zugunsten einer kommunalen Gestaltung von Übergängen mit System.

Vernetzung, Kooperation und Nachhaltigkeit in einem System einzufordern, das von Ressort-egoismen und Zuständigkeitsstreit zwischen den Ebenen determiniert wird, grenzt an Unfug wider besseren Wissens, wenn die selbst gesetzten Rahmenbedingungen nicht hinterfragt werden – zum besseren Wissen gehört eine Ausschreibungspraxis in der Umsetzung der SGB II und III, die das Gegenteil davon befördert, nämlich Kurzfristigkeit und Konkurrenz.

Bleibt also nur die Wahl zwischen falschen Alternativen? Ich plädiere dafür, nicht aufzuhören, die Systemfrage zu stellen und dabei immer im Blick zu haben, was den jungen Menschen nützt:

7. Empirie statt Ideologie! (oder: Erkenntnisse umsetzen, denn fachlich ist dazu alles gesagt...)

Es mag ja im Detail noch Erkenntnisdefizite zur Gestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf geben, und selbstverständlich müssen darauf angelegte Maßnahmen als lernende Systeme angelegt sein, d.h. sich laufend an die Lebenslagen junger Menschen sowie die Anforderungen der Arbeitswelt anpassen. Tatsächlich ist jedoch seit langem bekannt, welche grundsätzlichen Schwächen die bestehende Landschaft aufweist und wie sie überwunden werden könnten – wir sprechen also über ein *Umsetzungsdefizit*.

Nur durch eine zielgruppen- und sozialraumspezifische Bestandsaufnahme zu biografischen Bruchstellen und Angebotslücken bzw. zu Gewinnenden und Verlierenden am Übergang in Beruf und Arbeitswelt gelingt es, die ideologische Dimension des Übergangssystems zu entlarven und seine künftigen Arbeitsschwerpunkte passgenau zu fokussieren. Vor Ort nämlich sind die Probleme einfach da, fügen sich nicht in die Logik der Gesetzbücher und bleiben präsent, wenn die zuständige Ebene nicht zur Lösung beiträgt.

Es geht um nicht mehr und nicht weniger, als den sozialen Zusammenhalt und die Wirtschaftskraft des Gemeinwesens vor Ort. Sichern Sie die Zukunft Ihrer Jugend und die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Standortes, indem Sie aufzeigen, wo Potentiale verschenkt werden. Lassen Sie sich an Kriterien von Effizienz und Effektivität messen, aber von niemandem einreden, dass Sie gut *machen* müssen, was (bestenfalls) gut *gemeint* war:

Die Rahmenbedingungen für Ihre Erfolge und Misserfolge werden anderswo gesetzt, und dort steht womöglich nicht das Ziel im Fokus, jedem jungen Menschen eine altersgemäße Entwicklung zu ermöglichen. Schließlich geht es am Arbeitsmarkt um Angebot und Nachfrage und damit nicht zuletzt um den Preis der Arbeit.

Wenn Sie das nicht einfach hinnehmen wollen, empfehle ich Ihnen:

8. Einmischen statt ausputzen!

Wenn in dieser Gesellschaft jemand wissen will, wie Benachteiligten bei der Integration in Bildung, Ausbildung und Arbeitswelt zustande kommen, dann sollte dort nachgefragt werden, wo seit Jahrzehnten mit denen gearbeitet wird, die bildungsverhindert waren oder als nicht ausbildungsreif galten und demotiviert wurden– in den Jugendwerkstätten und Pro-Aktiv-Centren, wo ermöglicht wird, was „auf dem Königsweg“ der direkten Einmündung in Ausbildung und Arbeit lange als unmöglich galt.

Dieses Wissen wird immer wichtiger werden, weil unsere Gesellschaft ja immer weniger junge Menschen übrig hat. Wo auch immer es nachgefragt wird – in einem anderen, sicher kleineren Übergangssystem, in einem inklusiven Schulsystem, in einem für alle geöffneten Berufsbildungssystem - irgendwann wird das Delegieren von „Versagen“ nicht mehr funktionieren.

Sie sind die ExpertInnen für das verschenkte Potential derjenigen, deren Scheitern bislang zur Normalität erklärt wurde. Vertreten Sie ihre Fachlichkeit offensiv, denn die Entscheider sollten wissen, worüber sie entscheiden. Sonst werden die Praktiker dafür verantwortlich gemacht, wenn am Ende die erwünschten Wirkungen von Reformen, Masterplänen und Modellvorhaben ausbleiben. Und irgendwann muss die Jugendberufshilfe in Niedersachsen womöglich wieder neu erfunden werden.

Ich wünsche Ihnen gutes Gelingen, denn Sie haben wirklich etwas zu verteidigen!

Verzeichnis verwendeter Dokumente:

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2011): Berufsbildungsbericht. Berlin. Verfügbar über <http://www.bmbf.de/de/berufsbildungsbericht.php>

Bundesinstitut für Berufsbildung / Bertelmann-Stiftung (Hrsg.) (2011): Reform des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung. Aktuelle Vorschläge im Urteil von Berufsbildungsexperten und Jugendlichen. Bonn / Gütersloh. Verfügbar über <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/6613>

Ulrich, Joachim Gerd (o.J.): Zur Lage junger Menschen beim Übergang Schule-Beruf. Verfügbar über www.denk-doch-mal.de

Ulrich, Joachim Gerd (2008): Jugendliche im Übergangssystem – eine Bestandsaufnahme. Verfügbar über http://www.bwpat.de/ht2008/ws12/ulrich_ws12-ht2008_spezial4.pdf

Thematisches Netzwerk (TSER) ‚Institutionelle Risiken im Übergang‘ (‚Misleading Trajectories‘). Evaluation übergangspolitischer Maßnahmen für junge Erwachsene in Europa hinsichtlich nicht-beabsichtigter Effekte sozialer Ausgrenzung. Nationaler Bericht für Deutschland (West) (2007): Institutionelle Risiken sozialer Ausgrenzung im deutschen Übergangssystem. Verfügbar über <http://www.iris-egris.de/pdfs/tser-bericht-deutschland.pdf>

Institut Arbeit und Technik der Fachhochschule Gelsenkirchen (Hrsg.) (2010): Übergänge zwischen Schule, Arbeitswelt und Beruf. Strukturen, Einschätzungen und Gestaltungsperspektiven. Verfügbar über <http://www.iatge.de/forschung-aktuell/2010/fa2010-11.pdf>

Hans Böckler Stiftung (Hrsg.) (2010): Gestaltungsakteure am Übergang von der Schule in die Arbeitswelt. Verfügbar über: http://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_196.pdf